

Verwaltungsausschuss
nicht öffentlich am 02.07.2007
Gemeinderat
öffentlich am 16.07.2007

Nachtragssatzung und Nachtragsplan 2007

Beschlussvorschlag:

Auf Grund von § 82 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i. d. F. der Bekanntmachung vom 24.07.2000 (GBl 2000, Seite 581) hat der Gemeinderat am 16.07.2007 folgende **Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2007** beschlossen:

1. Der Haushaltsplan wird geändert festgesetzt mit

	bisher Euro	Nachtrag Euro
1. Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes von jeweils	112.590.000 €	125.000.000 €
Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes von jeweils	20.955.000 €	30.385.000 €
Gesamtvolumen in Einnahmen und Ausgaben	133.545.000 €	155.385.000 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	1.700.000 €	0 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	9.059.000 €	8.834.000 €

2. Die §§ 2 bis 4 der Haushaltssatzung vom 11.12.2006 (Genehmigung des Regierungspräsidiums Tübingen vom 19.02.2007) bleiben unverändert.

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat am 11.12.2006 (DS 2006/414) den Haushaltsplan 2007 beschlossen. Das Regierungspräsidium Tübingen hat alle erforderlichen Genehmigungen mit Erlass vom 19.02.2007 erteilt.

Mit dem Nachtragsplan 2007 passen wir den **Verwaltungshaushalt** an die Entwicklungen im ersten Halbjahr an. Umgesetzt werden die Auswirkungen auf die städtischen Finanzen, die sich insbesondere ergeben aus einer sehr günstigen Entwicklung der Gewerbesteuer-Einnahmen, der Fortschreibung der Haushaltserlasses des Landes, der Regionalisierung der Mai-Steuer-schätzung, den Endabrechnungen 2006 von Einkommensteuer und Gewerbesteuerumlage sowie der Abrechnung der Jahresergebnisse 2006 des Eigenbetriebs Stadtwerke und der OberschwabenHallen GmbH.

Die **Eckpunkte des Nachtragsplanes 2007** sind damit:

- Anpassung der **Gewerbesteuer** brutto um + 10.000.000 €
(entspricht 7.960.000 € netto)
- Erhöhung der **Zuführungsrate** an den Vermögenshaushalt + 10.160.000 €
- **Streichung** der gesamten **Kreditermächtigung** - 1.700.000 €
- **außerordentliche Schuldentilgung** + 5.000.000 €
- geplante **Entschuldung** der Stadt 6.650.000 €
- **Minderentnahme allgemeine Rücklage** - 1.400.000 €

Das Planvolumen im Verwaltungshaushalt steigert sich um 12.410.000 € in Einnahmen und Ausgaben. Im Vermögenshaushalt erhöht sich das Volumen um weitere 9.430.000 €. Damit liegt das Gesamtvolumen des städtischen Haushaltes um 21.840.000 € über der ursprünglichen Planung vom Dezember 2006. Die **Verpflichtungsermächtigungen** werden um 225.000 € reduziert.

Die Veränderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie deren Auswirkung auf die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt, den Bestand der Rücklage und die Schulden der Stadt sind im Vorbericht zum Nachtragsplan und bei den einzelnen Finanzpositionen eingehend erläutert.

Im **Vermögenshaushalt** werden über die Nachtragsplanung umgesetzt:

- die aktuell bekannten Verschiebungen von **Kassenraten** – beispielhaft Außenanlagen Ausstellungsgelände, Mehrzweckhalle Weissenau und Ausbau der Bahnhofstraße/Mariatal mit zusammen 350.000 €

- die **Umsetzung von Beschlüssen** - beispielhaft die Abrechnung IZBB Förderschule St. Christina (Mehrkosten 50.000 €), Grundstückskäufe in Eschach mit rund 750.000 €, das Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb Betriebshof Ravensburg mit netto 300.000 € sowie die Sanierungsvariante II a für den Westfriedhof mit 90.000 €. Die saldierte Belastung aus Beschlüssen liegt damit bei 1.190.000 €
- Ein anteiliger Wertersatz von 650.000 € im Zusammenhang mit der 2007 vorgesehenen Abrechnung des Sanierungsgebietes **„Oberstadt II“**.
Die **Wertersätze** sind als Ausgabe im Einzelplan „8“ veranschlagt und betreffen städtische Grundstücke im Bereich Vehrengasse und Herrenstraße, Innenhofflächen an der Burgstraße sowie Bodenwertanteile Humpisstraße). Bei einem späteren Verkauf der Grundstücke fließen die Verkaufserlöse direkt in den städtischen Haushalt.

Im Ergebnis mehrere Gremiumsbeschlüsse (UVA am 18.04.2007 sowie VA am 31.01., 12.03. und 14.05.2007) haben sich Personalmehrungen von 2,54 Stellen im **Stellenplan** ergeben (Beilage 2.5). Betroffen sind die Schulsozialarbeit mit Hortbetreuung, der Gemeindevollzugsdienst und das Personal für die mobile Geschwindigkeitsmessung. Die finanziellen Auswirkungen sollen (so in den Beschlüssen unterstellt) im Personaletat 2007 insgesamt aufgefangen werden. Auf eine (neutrale) Anpassung der Personalkosten in einer Vielzahl von Budgets wird bewusst verzichtet.

Das Regierungspräsidium hat mit der Genehmigung des Haushaltsplanes einer Rücklagenentnahme von 8.830.000 € zum Haushaltsausgleich 2007 zugestimmt. Der Jahresabschluss 2006 der Stadt brachte gegenüber der ursprünglichen Planung im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt jeweils Verbesserungen, die im Ergebnis den Stand der allgemeinen **Rücklage** zum Jahresende 2006 um rund 4.200.000 € auf 16.600.000 € erhöhen (siehe auch **Beilage 3.4** zum Nachtragsplan).

Die im Nachtragsplan 2007 erwarteten Verbesserungen sollen vorrangig zum Verzicht auf neue Kredite und zu **Sondertilgungen** (insgesamt 6.700.000 €) verwendet werden. Anteilig 1.400.000 € sollen weniger aus der Rücklage entnommen werden (damit geplante Entnahme 7.430.000 €).

Sollte sich die Gewerbesteuer im zweiten Halbjahr noch günstiger entwickeln als im Nachtragshaushalt unterstellt, werden diese Mehreinnahmen in die allgemeine Rücklage eingestellt oder in noch größerem Umfang zur Sondertilgung von Krediten verwendet. Gegenläufig können mögliche größere Steuermindereinnahmen (negative Anpassung von Steuervorauszahlungen) durch entsprechend geringere Sondertilgungen ausgeglichen werden.

Auch mögliche Mindereinnahmen bei den unterstellten Einnahmen aus dem Verkauf städtischer Liegenschaften wären bis zum Verkauf über die Rücklage aufzufangen bzw. würden den Betrag der Sondertilgungen reduzieren.